

## 7. Fördern die Beitrittsländer nicht mit niedrigen Steuersätzen Unternehmensverlagerungen?

Richtig ist, dass in den Beitrittsländern die Unternehmenssteuern niedriger sind als in den meisten alten EU-Staaten. Aber wir setzen uns dafür ein, dass der Steuerwettbewerb in der EU fair ausgetragen wird. Die SPD fordert daher **europaweite steuerliche Mindeststandards**. Die Erweiterung eröffnet uns die Möglichkeit, dies europaweit zu erreichen und so für **fairen Wettbewerb** zu sorgen. Wir sind bereit, den Wirtschaftsaufbau der neuen Mitgliedsstaaten zu fördern, erwarten aber im Gegenzug von ihnen, dass sie auf einen Wettlauf um möglichst niedrige Steuern verzichten.

## 8. Läuft die Regionalförderung der EU für Deutschland weiter?

Bis Ende 2006 – dem Zeitraum der gültigen EU-Finanzplanung – bleibt bei der Regionalförderung für Deutschland alles beim Alten. Über die weitere Finanzplanung der EU, die auch die Förderung strukturschwacher Regionen festlegt, wird im nächsten Jahr entschieden. Nach heutigem Stand kann vor allem Ostdeutschland auch in Zukunft in fast allen Regionen mit der **maximalen Förderung** rechnen.

## 9. Nimmt die Kriminalität zu?

Das ist nicht zu befürchten. Denn die **Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung** ist bereits umfangreich verstärkt worden. Alle EU-Staaten sind verpflichtet, Terrorismus, Menschenhandel und Drogenkriminalität wirksam zu bekämpfen. Die EU unterstützt die neuen Mitglieder durch Ausbildung und Ausstattung von Polizei und Justiz und bei der Grenzsicherung. Kriminalexperten rechnen daher nicht damit, dass die Kriminalität zunimmt, vielmehr wird die viel bessere polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit den **Fahndungsdruck erhöhen**. Der Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten führt auch nicht zu einem Wegfall der Personenkontrollen an den Grenzen. Erst wenn der EU-Innenministerrat einstimmig entschieden hat, dass ein Beitrittsland alle Anforderungen des „Schengen-Abkommens“ erfüllt, können die Kontrollen entfallen. Dies ist erst der Fall, wenn ein neuer EU-Staat eine **wirksame Kontrolle seiner Außengrenzen** garantieren und den EU-weiten Informationsaustausch vollständig sicherstellen kann.

## 10. Benachteiligen uns die strengen Umweltauflagen nicht im Wettbewerb?

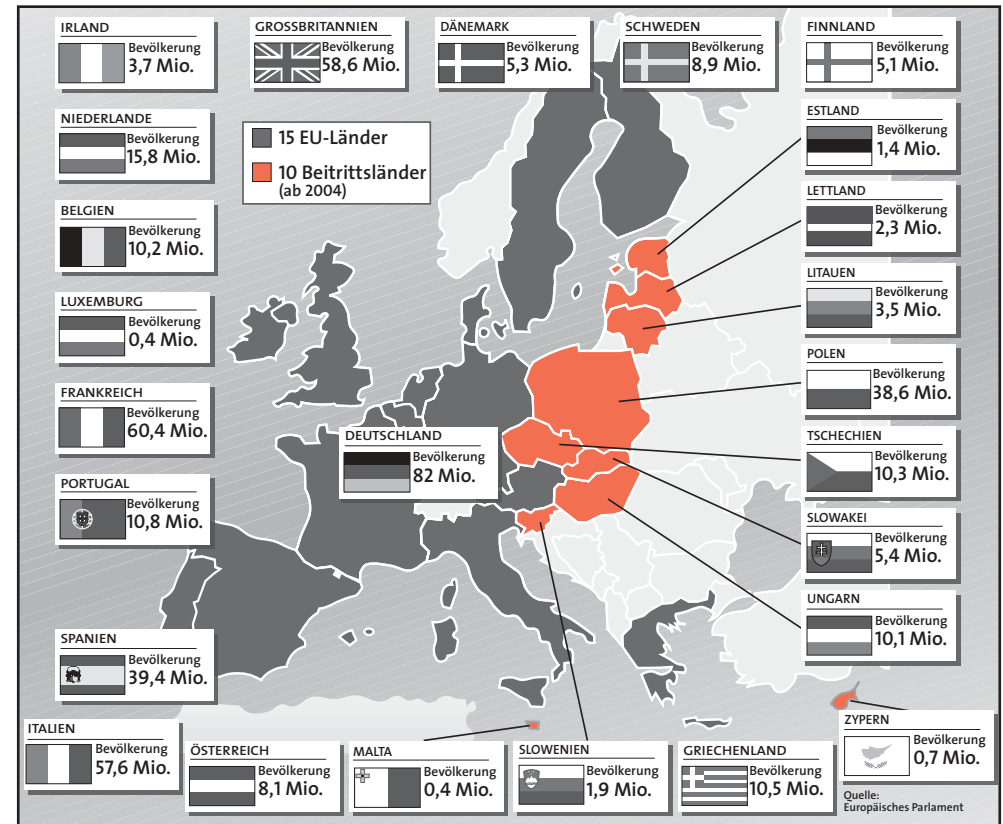
Im Gegenteil: Mit der Erweiterung gelten die **hohen Umweltstandards der EU** auch für die neuen Mitglieder. Z. B. muss die Luftverschmutzung eingedämmt werden, die Kernkraftwerkstechnik muss den EU-Sicherheitskriterien genügen.



## EUROPÄISCHE UNION

# Zehn Fragen und Antworten

Herausgeber: SPD-Europakampa, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin • www.europakampa.de; Best.-Nr. 261 00 45



Neue Stärke.

SPD

Am 1. Mai 2004 sind **zehn Staaten** aus Mittel- und Osteuropa sowie dem Mittelmeerraum der Europäischen Union beigetreten. Dies ist ein historischer Schritt, der die Spaltung Europas endgültig überwindet. Mit ihm erfüllt sich das Vermächtnis Willy Brandts, der mit seiner Politik den Reformprozess in Osteuropa ermöglichte. Die Erweiterung bringt **große Chancen** für Deutschland und Europa, wirft aber auch Fragen und Befürchtungen auf.

### 1. Welche historische Bedeutung hat der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten?

Die europäische Einigung hat Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg eine lange Ära von **Frieden, Demokratie und Wachstum** gebracht. Nach der Auflösung des Ostblocks sind in Mittel- und Osteuropa neue Demokratien entstanden, die – wie etwa Polen, Ungarn, die baltischen Staaten, Tschechien, Slowenien und die Slowakei – auf eine lange europäische Tradition zurückblicken. Es liegt in unserem Interesse, diese Staaten in die Europäische Union einzugliedern, um weiterhin **Stabilität und Sicherheit** für Europa zu garantieren.

### 2. Eröffnet die Erweiterung wirtschaftliche Chancen?

Nach dem Beitritt entsteht in Europa der **größte gemeinsame Wirtschaftsraum** der Welt, in dem rund 450 Millionen Menschen leben. Insgesamt hat sich der EU-Handel mit den Beitrittsstaaten seit 1989 bereits mehr als verdreifacht. Auch für die nächsten zehn Jahre werden jährliche Steigerungsraten von durchschnittlich 6% erwartet. Als Folge der Erweiterung erwartet die EU-Kommission ein zusätzliches Wirtschaftswachstum bis zu 1% in den alten EU-Staaten.

### 3. Warum profitiert Deutschland von der Erweiterung?

Deutschland ist „Exportweltmeister“ und bereits jetzt **größter Handelspartner** der Beitrittsländer. Dort setzen deutsche Firmen inzwischen mehr Waren um als in den USA und Kanada zusammen. Alle neuen EU-Staaten haben ein hohes Wirtschaftswachstum, das zu großen Teilen von der Binnennachfrage getragen wird. Mit dem Beitritt öffnet sich der deutschen Exportwirtschaft ein großer Absatzmarkt, von dem vor allem mittelständische Unternehmen profitieren werden. Nach Expertenschätzungen sichert allein der Handel mit Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei bei uns rund 77.000 Arbeitsplätze. Insgesamt rechnet die EU-Kommission, dass aufgrund der Erweiterung **100.000 neue Arbeitsplätze** in Deutschland entstehen werden.

### 4. Kostet die Erweiterung uns nicht zu viel?

Die Kosten der EU-Erweiterung belaufen sich jährlich auf 0,4 bis 0,5% des Brutto-sozialproduktes (Summe der Werte aller Produkte und Dienstleistungen) der gesamten EU. Umgerechnet kostet die Erweiterung im Zeitraum von 2000 bis 2006 jeden **Europäer insgesamt nur 26 Euro**. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die EU sorgfältig und sparsam mit ihren Haushaltsmitteln umgeht. Schon seit einigen Jahren zahlt Deutschland deutlich weniger in den EU-Haushalt ein als früher. Das hat Gerhard Schröder in schwierigen Verhandlungen durchgesetzt.

### 5. Drängen nach der Erweiterung nicht viele Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern auf den deutschen Arbeitsmarkt?

Erst einmal ändert sich nicht viel. Um eine unkontrollierte Zuwanderung von Arbeitskräften aus den Beitrittsstaaten zu vermeiden, hat die Bundesregierung eine **siebenjährige Übergangsfrist** bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit durchgesetzt. Außerdem hat der frühere Beitritt der südeuropäischen Staaten (Spanien, Portugal, Griechenland) gezeigt, dass die Furcht vor massenhafter Zuwanderung übertrieben ist. Wenn die Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten spüren, dass sie durch den EU-Beitritt **neue Chancen in ihrer Heimat** erhalten, werden sie auch dort bleiben. Niemand verlässt ohne wichtige Gründe seine Heimat.

### 6. Werden deutsche Firmen ihre Produktion aufgrund niedrigerer Löhne in die Beitrittsländer verlagern?

Das kann den Unternehmen schon jetzt niemand verbieten. Denn eine Verlagerung wäre auch möglich, wenn die Beitrittsländer nicht der EU angehören würden. Dabei darf man nicht vergessen: Gleich mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ standen die mittel- und osteuropäischen Länder mit ihren geringen Löhnen für westeuropäische Firmen offen. Erst die Erweiterung gibt uns jetzt die Möglichkeit, mittelfristig gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Nach dem Beitritt müssen sich die mittel- und osteuropäischen Unternehmen den hohen EU-Standards anpassen – z. B. beim Arbeitsschutz und bei den Rechten von Arbeitnehmern und Verbrauchern. **Die Erweiterung ist also nicht das Problem, sondern die Lösung.** Für den **Standort Deutschland** spricht die gut ausgebaute **Infrastruktur** – von Verkehrswegen über Telekommunikationseinrichtungen bis zu Forschungseinrichtungen. Es ist nicht absehbar, wie lange die Beitrittsländer brauchen, um diesen Vorsprung aufzuholen. Dies bedeutet: Wir müssen uns in Deutschland auf **unsere Stärken** stützen: Auf Erfinderreichtum, auf innovative und qualitativ hochwertige Produkte, auf erstklassige Dienstleistungsangebote und auf hervorragend ausgebildetes Personal. Nur so werden wir – weltweit – im Wettbewerb bestehen.